

Aktivisten blockieren CDU-Büro: Protest gegen rechte Politik in Leipzig

Aktivisten von „Young Struggle Leipzig“ blockieren CDU-Büro in Leipzig, kritisieren Hetze gegen Geflüchtete und Migranten.

Mädler-Passage, 04109 Leipzig, Deutschland - Am Montagmorgen blockierten etwa zwei Dutzend Mitglieder der Gruppe „Young Struggle Leipzig“ den Eingang zur CDU-Kreisgeschäftsstelle in der Mädler-Passage in Leipzig. Die Aktivisten verhängten die Eingangstür mit einem Transparent und positionierten sich davor. Diese Aktion wurde in den sozialen Medien schnell verbreitet, als die Gruppe ein Video der Blockade veröffentlichte. Während „Young Struggle Leipzig“ behauptete, die CDU-Zentrale besetzt zu haben, stellte die Polizei fest, dass keine Besetzung vorlag. Ein Polizeisprecher erklärte, dass um 7:26 Uhr eine Meldung über die Aktion einging, und die Beamten vor Ort waren, aber keine rechtlichen Schritte einleiteten.

Hintergrund der Protestaktion

Die Blockade wurde in Zusammenhang mit dem am Montag beginnenden Bundesparteitag der Union in Berlin gebracht und tritt in den Kontext der aktuellen Debatte über das Abstimmungsverhalten der CDU mit der AfD im Bundestag. Die Aktivisten kritisierten die CDU sowie bürgerliche Parteien für ihre angebliche Hetze gegen Geflüchtete und Migranten. Die Polizei meldete zudem, dass die Aktion als Eil-Versammlung angemeldet wurde und keine Maßnahmen gegen die Blockade ergriffen werden.

Parallel fand in der Nähe eine weitere Versammlung mit 25 Personen am Naschmarkt vor der Mädler-Passage statt. Es ist bemerkenswert, dass die „Young Struggle“-Gruppe die Jugendorganisation der in der Türkei verbotenen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) ist. Diese Gruppen sind insbesondere in Großstädten aktiv und sehen sich als eine Art Miliz der MLKP, die die Jugend für Kämpfe gegen das kapitalistische System mobilisieren möchte. Zuletzt traten die „Young Struggle“-Gruppen vor allem im Rahmen pro-palästinensischer Proteste an verschiedenen Universitäten in Erscheinung.

Wachsende Besorgnis über Linksextremismus

Die Vorfälle in Leipzig werfen ein Schlaglicht auf die wachsende Besorgnis hinsichtlich linksextremistischer Gewalt in Deutschland. Laut einem aktuellen Bericht des Verfassungsschutzes liegt das linksextremistische Personenpotenzial im Jahr 2023 bei etwa 37.000 Personen, was einen Anstieg um 500 im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Unter diesen sind 11.200 Personen als gewaltorientiert eingestuft, ein Anstieg von 400 seit 2022. Die Gesamtzahl linksextremistischer Straftaten hat 2023 mit 4.248 Delikten einen Anstieg um 10,4% erfahren, wobei die Gewalt gegen Polizei und Ordnungskräfte deutlich zugenommen hat.

Bundestagsabgeordneter Sebastian Fiedler, der sich zu den gegenwärtigen Herausforderungen äußerte, plädiert für ein gemeinsames Vorgehen gegen die zunehmende Gewalt im Zusammenhang mit linksextremistischen Gruppen. Im Zuge dieser Debatte wurde auch ein Demonstrationsverbot in Leipzig verteidigt, das offenbar aufgrund vorheriger Gewaltdrohungen erlassen wurde. Fiedler betont, dass die Polizei in der Lage sein muss, der Situation Herr zu werden, auch wenn es Kritik an den Maßnahmen gegeben hat.

Die Diskussion um Linksextremismus ist nicht neu und zieht sich durch die Berichte des Verfassungsschutzes der letzten Jahre.

Fiedler und andere Politiker fordern eine strategische Aufstellung der Behörden und die Verstärkung von Personalkapazitäten in den Ländern, um der Bedrohung durch linksextreme Gewalt effektiver begegnen zu können.

Insgesamt bleibt die Situation angespannt, und die Ereignisse in Leipzig sind ein weiterer Beleg für die zunehmend normative Gewaltbereitschaft innerhalb eines Teils der linken Szene in Deutschland. Die Behörden sind gefordert, angemessene Maßnahmen zu entwickeln, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und gewaltbereite Bewegungen zu beobachten und einzudämmen.

Für weitere Informationen zu Linksextremismus und den aktuellen Entwicklungen siehe die Berichte von [Sächsische.de](http://www.saechsische.de), [Tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) und [Verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de).

Details	
Vorfall	Blockade
Ort	Mädler-Passage, 04109 Leipzig, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.saechsische.de• www.tagesschau.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de